



# Urwähler-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Geht mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Festtagen, Preis pro Woche 1 Gr. 3 Pf. Inserate pro Zeile 2 Gr. Diejenigen, welche die Urwähler-Zeitung frei Morgens pünktlich zu erhalten wünschen, zahlen wöchentlich 8 Pf. Wenn man sich an die pünktlich begebenen Postämter, die Dekrete an die bekannten Exponenten der des Postreits verlässigen Zeichnungen zu werben.

12. 4. Berlin, Dienstag, den 6. Januar 1852.

Diejenigen unserer auswärtigen Abonnenten denen diese Nr. ohne Bestellung noch zugeht, bitten wir um schleunige Erneuerung Ihres Abonnements oder um Einsendung Ihres Auftrages, damit die Fortsetzung prompt erfolge.

Die Expedition der Urwähler-Zeitung.

## Die Komödie von der Asche.

Wenn man auch nur ein wenig in dem Buch der Geschichte blättert, so kößt man oft auf Stellen, bei denen man ausruhen möchte: wie glücklich blind sind wir Menschenkinder!

Unzählige Male sehen wir Personen und Zeiten für Prinzipien und Zustände kämpfen, die, kaum zum Siege gebracht, die Personen und die Zeiten vernichten. Wir sehen oft Ideen und deren Befürworter der Verfolgung ausgesetzt; aber dann plötzlich als die einzigen Rettungskraft wieder bis in den Himmel erhoben. Wir sehen oft Staatskünstler mit Ideen spielen, die später einen Abgrund öffnen, um die Staatskünstler zu verschlingen. In der Geschichte jedes Volkes sind diese Scenen häufiger, als in der von Frankreich. Männer, die heute auf der Höhe der Gewalt standen, sind morgen gestürzt, übermorgen wieder erhoben. Heute verbannt, morgen vererbt. Heute gefangen, morgen auf dem Thron. Im Verlauf von wenig Monaten erkennt man die Menschen nicht wieder; im Verlauf weniger Jahre scheint es, als ob die ganze Nation eine andere geworden. Bald ist sie aufsteigend bis zum Wahnsinn, bald ist sie abgefallen bis zur Stupidität. — und all' das in kurzer Zeit und in hohem Wechsel, so zu sagen: wie man die Hand umdreht.

Wenn und aber irgend etwas hierbei tragisch und komisch zugleich besteht hat, so ist es Folgendes.

Vor einem Jahrzehnte regierte in Frankreich der König Louis Philipp und führte eine sogenannte parlamen-

tarische Regierung. Da im Jahre 1840 die konstitutionelle Partei, die sich die Verfassung zu einer Wahrheit gemacht haben wollte, durch merkwürdige Verbindungen der Parteien zur Mehrheit gelangte, so gelang es ihr, sich an's Ruder und Herrn Thiers an die Spitze des Ministeriums zu bringen. — Das war nun ein großer Jubel; aber es blieb dabei doch kein Allen, und es waren kaum zwei Monate vergangen, so that Herr Thiers all' das, was sein von ihm angesehener Vorgänger gethan. Er suchte wie Jener die öffentliche Meinung zu corrumpiren, er machte wie Jener die Verfassung zur Lüge und besaß wie Jener expositivste Schriftsteller durch Anstellungen und Benefizien. Einer jener kauslichen Schriftsteller, den Herr Thiers durch ein ansehnliches Reise stipendium für sich gewann, war Granier de Cassagnac, derselbe, dessen Feder jetzt Louis Napoleon dient, welcher Herrn Thiers jetzt auf seinen geschäft hat ohne Stipendium.

Also damals regierte Herr Thiers, und da eine liberale Regierung, die sonst nichts für's Land that, doch etwas thun muß, um sich interessant zu machen, versiel Herr Thiers auf die Idee, der Nation ein ganz unschädliches Begeisterungsspiel mit ein wenig Asche zu bereiten, ein Schauspiel nämlich mit der Asche Napoleons.

Die Asche Napoleons lag auf der Insel St. Helena, woselbst der Kaiser der Franzosen als Verbannter und Gefangener gestorben war. Herr Thiers, der Minister, klagte jetzt heraus, daß sein Ministerium das populärste in der Welt werden müsse, wenn man England dazu

bewegen könnte, die Asche an Frankreich auszuliefern, und die französische Regierung damit dem französischen Volk ein erhabenes Schauspiel feierlicher Verehrung und Bekehrung vorführen könnte.

Herr Palmerston, der Minister Englands, war gerade dajamal drauf und daran, das bekannte Bündniß in der orientalischen Frage zwischen England, Rußland, Oesterreich und Preußen abzuschließen, das Frankreichs Ansehen einen Todesstoß versetzen und das Ministerium Thiers stürzen mußte — was auch alles richtig geschah. Mit diesem Rücksicht im Herzen beistellte sich Herr Palmerston, der Witz des Herrn Thiers, in Betreff jener berühmten Asche, auf das schlaunigste und liebevollste nachzukommen, und sagte dabei wörtlich mit diplomatischer Gewissenhaftigkeit: „Die Regierung Ihrer Britannischen Majestät hofft, es werde die Ascheheit ihrer Antwort als ein Beweis ihres Wunsches angesehen werden, auch die letzte Spur jener nationalen Freundschaft zu verwischen, die bei Lebzeiten des Kaisers Frankreich und England gegen einander bewaßneten.“

Herr Thiers, der erst zwei Monate darauf erfahren sollte, welchen Streich der edle Lord Palmerston ihm gespielt, war ganz voll Entzücken, zumal in Frankreich noch keine Seele ahnte, welches Schauspiel er dem Lande bereitet. Natürlich wurde Herr Thiers dajamal jeden verlaßt haben, der vom Erwachen napoleonischer Ideen im französischen Volke ein Wort gesprochen hätte. Herr Louis Philippe regierte in Frankreich und hatte ja ein konstitutionelles Ministerium und dieses Ministerium hatte ein nationales unschöndliches Schauspiel für das Volk in petto, was in aller Welt kann fester und sicherer sein, als solch eine Regierung?

Hören wir daher die Rede des Ministeriums, als es jene Liebererbschaft ankündigte.

Die Kammer der Abgeordneten war gerade mitten in einer hitzigen Debatte in der Zusage, als der Minister mit dem großen nationalen Knall-London vortrat.

Mit Stannen vernahm man, daß der König Louis Philippe bereits dem Prinzen Joinville Befehl gegeben, sich mit einer Kavallerie nach St. Helena zu begeben, um die sterblichen Ueberreste des Kaisers Napoleon abzuholen!

Mit Donner heulte der Minister die Beweise tiefster Freundschaft Englands mit, das so frühzeitig den leisesten Wünschen Frankreichs nachgekommen! — Mit ungeheurer Akklamation wurde die Wirtshausung des Programms aufgenommen, das die Festlichkeit der Beisetzung Napoleons im Hotel der Invaliden beschrieb. — Und warum im Hotel der Invaliden? — der Minister verkündete dies mit folgenden Worten:

„Er (Napoleon) war Kaiser und König! Er war der rechtmäßige Herrscher unseres Landes! Deshalb konnte er zu St. Denis (dem Grabe der Könige Frankreichs) beerdigt werden; aber Napoleon gehört nicht das gewöhnliche Begräbniß der Könige! Er muß auch ferner noch herrschen und befehlen in jenem Naume, wo die Krieger des Vaterlandes andrängen!“

Mit rausender Begeisterung wurde aber folgender Schluß der ministeriellen Mittheilung aufgenommen.

„Die Monarchie von 1830 ist in der That die einschließende des europäischen Völkerrechts.“

zige und rechtmäßige Erbin aller Erinnerungen, auf die Frankreich stolz ist. Dieser Monarchie, welche zuerst alle Kräfte vereinigt und alle Wünsche der französischen Revolution erfüllt hat, — ihr kam es jedenfalls zu, Bildsäule und Grabmal des volkstümlichen Volkes ohne Furcht aufzuführen und zu ehren. Denn es giebt Etwas und nur Etwas, was die Vergleichung mit dem Ruhme nicht fürchtet, das ist die Freiheit!“

Dies die Sprache des Ministers!

Wahrlich, kann ein effectvoller Dichter tragischer und komischer Szenen erdenken, als sie hier die Wirtshausung in so kurzer Zeit gespielt!

Die Asche Napoleons kam an in Frankreich; aber da war Thiers bereits wieder gestürzt und ein Mitglied der Linken, Palmerston hatte ihn gestürzt. Ludwig Napoleon saß in Ham gefangen und konnte nicht die Erlaubniß erlangen, der Asche seine Ehrfurcht zu bezeugen. Joinville, der die Asche geholt, siegelte sich im Sonnenglanz der liberalen Gunst, und die Monarchie von 1830 dankte sich bestmöglichst als je eine in der Welt. — Und nach wenig Jahren? — Ja, nach so wenig Jahren erhebt sich aus der napoleonischen Asche der napoleonische Adler! Thiers, der Premierminister, der die Asche aus der Verbannung holen ließ, ist in der Verbannung! — Palmerston, der Premierminister, der damit diplomatisch gespielt, hat jetzt sein Spiel verloren! — Joinville, der sie nach Frankreich brachte, ist aus Frankreich getrieben! Ludwig Napoleon, der der Asche die Ehre nicht bezeugen durfte, nimmt ihre Ehre für sich in Anspruch! und die „Freiheit“, die die Vergleichung mit dem „Ruhm“ nicht scheut, ist ruhmlosen Abenteuerern zur Beute geworden!

Wahrlich, es ist eine tragi-komische Komödie, die Komödie von der Asche.

## Berlin, den 5. Januar.

Der Magistrat von Berlin hatte im Januar 1851 ein Erdictum veröffentlicht, dessen Befolgung der Magistrat am 1. November 1850 von der königlichen Regierung in Potsdam erlangt hatte. Die in der Gewerbe-Ordnung vom 9. Februar 1849 vorgeschriebenen Formen waren bei der Verbreitung des Erdictums nicht erfüllt worden. Die vorgeschriebene Anfügung der beteiligten Anzeigen und Gesellschaften war nicht so erfüllt, wie es das Gesetz verlangt; ebenso war der Gewerbesatz, welcher bereits am 5. September 1850 in's Leben getreten, nicht gehört worden.

Auf Grund dieses Erdictums hatte nun der Magistrat Anzeigen gegen viele Gesellschaften ergriffen, welche bei den Mitgliedern derselben Unzufriedenheit erregten. In der jüngsten Zeit hatte der Magistrat auf Grund des Erdictums, d. h. durch Zwang, einen sogenannten Gewerks-Kontroll-Bericht ein begründet, und dadurch den Gesellschaften sogar ihre freie Wahl ihrer Rechte und ästhetischen Verpflegung abgenommen.

Das Erdictum enthält keine Bestimmung, welche den Magistrat zu solchen Anzeigen berechtigt.

Nachdem die Unzufriedenheit mit den Anzeigen des Magistrats innerhalb der Gesellschaften immer stärker geworden, vereinigen sich die Altgefallen, Arbeitsmänner und Betriebsmänner von 21 Gesellschaften, um den Herrn Minister-Präsidenten v. Manteuffel in einer Petition über die Beschwerden und Wünsche durch eine Deputation aus ihrer Mitte

vortragen zu lassen. Diese Deputation wurde am Sonntag den 4ten d. Mts. Morgens 8 Uhr von Herrn v. Nantenffel empfangen.

Die Reisende trugen in höchster und männlicher Sprache die Wünsche und Beschwerden ihrer Genossen vor, und versicherten, daß sie diesen Schritt nur in der Ueberzeugung gethan hätten, daß Se. Mj. der Herr Minister-Präsident so wie die Macht, den dargelegten Uebelständen abzuhelfen, auch den guten Willen habe, ihnen in ihrer jeden Lage beizukommen. Der Herr Minister-Präsident sprach es in seiner Antwort an, daß er nur das Wohlgelegenheit der Arbeiter wünschen könne, da von dem Wohle der Arbeiter auch das Wohl des Staates mit abhängig, und daß er es bedauere, wenn durch Behörden Maßnahmen getroffen würden, wodurch das Wohl der Arbeiter gefährdet würde.

Einen vollständigen Abriss der Denkschrift finden die Leser in der heutigen Nummer unseres Blattes.

Die „R. Fr. Z.“ läßt sich aus Paris, 2. Jan., schreiben: „Man versichert so eben, daß Belgien einwilligt, die geforderten 15 Millionen (10 Mill. Fr.) Entschädigung für die französische Intervention von 1832 zu bezahlen. England hat versprochen sie zu leisten, um Bismarck'se ihre Anstrengung zum Krieg zu nehmen. Diese Nachricht wird verbürgt.“ Nach der „R. Fr. Z.“ soll Hr. v. Bismarck in Brüssel erklärt haben, sein Auftrag bestünde sich vorzüglich darauf, die belgische Regierung an diese Schuld zu erinnern. Das sollte wohl so viel heißen, als die französische Regierung werde diese Schuld sofort frucht einreiben, falls die belgische in Veracht geräthe, die Pläne der Dekeans zu unterlagen. Einen ähnlichen Auftrag, und zwar zu denselben Zweck, habe der Gesandte in Spanien erhalten, wo an die 80 Millionen erinnert werden, welche Spanien für die französischen Forderungen jenseits der Pyrenäen im Jahre 1823 schuldete.

Wie aus Solheim berichtet wird, würden die zur Mitte dieses Monats die österreichischen Gendarmerie-Regimente zusammen, die vollständige Ueberlieferung des Regiments in Händen Bismarck's vor sich gehen, und weiterhin ein großer Reinigungsprozeß in Betreff der militärischen Beamten Solheim's, d. h. die Ausmerzung derselben, seinen Lauf nehmen.

Aus dem Kreise Danab ist eine Deputation hier eingetroffen, welche zur augenblicklichen Verringerung des Reichthums unter den dortigen Weibern eine Beihilfe des Staats von 10,000 Thlrn. nachsucht, während der Kreis selber gleichfalls 10,000 Thlr. zu diesem Zwecke anfordern will.

8 Gassen waren die Gesellschaftsmitglieder des Reichs nachbezugs der Gewerkschaft im Diorama versammelt, um von der Lage des Geschäfts, soweit sie sich bei jetzt übersehen läßt, Kenntnis zu erhalten. Im Allgemeinen ist das Resultat ein sehr bezeichnendes und der Zuspruch des Publikums die hinzu noch immer ein erfreuliches. Die Versammlung er-mächtigt das dirigierende Komitee, die Anstellung, sobald die Nothwendigkeit eintritt, zu beschleunigen. Vorher ist noch den Anwesenden und der Geschäftsrunde des Bruns ungenügend gehalten und deshalb allen Vorredern eine Einladung zugesagt. An den Vortrag der Geschäfts-Uebersicht knüpfte das dirigierende Komitee Fall den Antrag, dem Publikum auch das Angebot hinzuzufügen, und am Schluß der Anstellung einer Kommission zu veranlassen, was einstimmig beschlossen wurde und bald zur Ausführung kommen wird.

Ein Baumeister hat den Vorschlag gemacht, durch Anlage eines Kanals von Bremen eine freie Spülung der Klumpsteine und Kanäle von Bremen zu bewirken. Der Kostenpunkt dürfte in dessen der Ausführung ein erhebliches Hinderniß bieten.

Die Zeit dem nächsten Gewerberat von geräumiger Zeit zur Verhütung einerlei Geschäftsordnung ist jetzt von der Regierung zu Goldbach mit mehreren Veränderungen be-fähigt worden.

Ein 17jähriger Lehrling wurde wegen Diebstahls zu ein-

jähriger Haftstrafe verurtheilt; er hatte als Benge in einem Kriminalprozeß die Ueberbringung geflohenen Gegenstands an einen Helfer endlich abgelehnt, weil er deshalb bestraft zu werden fürchtete.

Im verflossenen Jahre traten in Berlin 59 Protestanten und 1 Jude zur katholischen Kirche über.

Der hiesige Verband des Gemeinderaths wurde bei einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung wieder gewählt. Einem Zimmergesellen wurde auf den Antrag des Magistrate das bereits im vorigen Jahre genehmigte Friedrich-Gewerbe-Stipendium vom Gemeinderath wieder entzogen, weil derselbe eine an ihn ergangene Einladung zur Theilnahme an der Feier der Friedrichdenkmal-Eröffnung zurückgewiesen hatte. Das genannte Stipendium wird alljährlich im Betrage von 50 Thelern aus städtischen Mitteln an 12 junge Gewerbe-treibende gezahlt.

Das unlängst erwähnte Vortrag-Concert soll am 20. d. M. stattfinden.

Breslau, 1. Januar. Vor einigen Tagen hat hier auf Requisition der österreichischen Regierung und auf unmittelbarem Befehl von Berlin eine Hausdurchsuchung bei mehreren verdächtigen Studenten, wie es heißt, in Folge von Korrespondenzen nach Wälschen, stattgefunden, bei welcher auch, und zwar dem Vernehmen nach, in Folge eigenhändigen Befehls des Justizministers, ein Gerichtsbeamter anwesend war. Das Ergebnis ist nicht bekannt geworden.

Ratibor. Die Angelegenheit der Ergiehung der österreichischen Typhus-Balken ist jetzt geordnet; es waren mehr als 2000 Balkenfinder untergebracht.

Leipzig, 2. Januar. Der vor einiger Zeit gänzlich eingezogene Sprachlehrer Albrecht machte am 31. Dezember einen Ausbruch, der aber mißglückte. — Was Schneller anlangt, so scheint derselbe spurlos aus Leipzig verschwunden trotz der strengen Kontrolle an den Theatern und Bahnhöfen der Stadt. Auch Entmann, der Wohnort des Unthunlichen, soll streng überwacht sein. Schneller's Frau befindet sich in Folge der Flucht ihres Mannes in Haft. — Der Verlagsbuchhändler Balde aus Kassel, bisher hier wohnhaft, ist aus Leipzig und ganz Sachsen verwiesen worden.

Hamburg. Ein Gericht will wissen, daß von Seiten der Militärbundes-Kommission in Frankfurt der Auftrag ergangen sei, sich nach einem passenden Platz, der wohl zur Erbauung einer großen Kaserne auf Bundeskosten geeignet wäre, anzusehen. Es sollte hier eine große Kaserne, die 3—4000 Mann Truppen fassen könnte, auf Bundeskosten gebaut und Hamburg dann für immer mit einer Garnison von Bundes-truppen besetzt werden.

Kassel. Die Reichstagskandidaten Hornisch und Traber sind wegen Zwitterhandels gegen die Septemberverordnungen und freies Handels von Regierungskosten zu Verlust der kaiserlichen Nationalabgabe und Fährgehe, resp. 3-jähriger Gefängnisstrafe verurtheilt worden. — Dr. Volkmar, vom Bundesgericht zweimal verurtheilt, ist von dem obersten Gericht in Gießen freigesprochen worden. — Die neue belgische Verfassung wird binnen Kurzem erwartet.

Mainz, 2. Januar. Die christlichen Schulbücher, schon seit längerer Zeit in unseren Mätern, sind nun in das für sie zugewiesene Haus eingezogen, und haben ihre Wirkksamkeit begonnen. In 8 Tagen wird eine Anzahl von Requisitionen, darunter der bekannte P. Röh, hier ankommen, um wieder in unserer Stadt eine Mission abzuhalten.

Zweibrücken, 1. Januar. So eben 11 Uhr wird der früher zum Tode verurtheilte Wöhr, Maler aus Speyer, von den Geschwornen für nichtschuldig erklärt, und gesetzt auf freien Fuß gesetzt.

München. Es sind in den letzten Tagen wieder mehrfache Verhandlungen und Hausdurchsuchungen vorgenommen worden; wie es heißt, soll die belgische Spurengewinnung organisirter Arbeiterver-





# Beilage zu Nr. 4. der Urwähler-Zeitung.

Dienstag, den 6. Januar 1862

einigen Geseßen zu grüßen hatte, welche sich den bestehenden Kassen nicht anschließen.

Geseßen, welche früher nicht zünftigen Gemeinden angehörten, waren außerdem von jeder Zahlung frei, so daß in der That nur diejenigen Kassen zahlen, welche Geld befragen und nur diejenigen Geseßen den Kassen angehören, welche sich denselben freiwillig anschließen.

Ein Zwang für die Geseßen und Gehülfen, den Kassen beizutreten, bestand also in keiner Weise; er wäre aber auch nicht zu rechtfertigen gewesen.

Jeder Einwohner des preuss. Staats gehet gesetzlich irgend einem Armen-Verbande an, welcher die Verpflichtung hat, ihm im Falle der Arbeitsunfähigkeit Krankheit u. s. w. die nothwendigste Unterstützung zu gewähren. Da eine Ausnahme hiervon selbst dann nicht statthaben, wenn auch die Ortsangehörigkeit nicht zu ermittelt ist, so folgt von selbst, daß auch für jeden Handwerker-Geseßen und Gehülfen ein Armen-Verband vorhanden ist, welcher für ihn im Falle des Nothstandes Sorge zu tragen hat.

Bedarf es hiernach keiner Mühseligkeit, um irgend einem Staatsangehörigen die nothwendigsten Kranken-Mittel im Zeitpunkt der Bedürfnislosigkeit zu verschaffen, so ist noch weniger Bedenken vorhanden, einzelne Kassen von Berufsangehörigkeiten durch die Verpflichtung d. s. d. Gemeinden zur Uebernahme der den Gegnern schuldigen Verbindlichkeiten zu lösen. Denn die Gemeinden sind nicht ohne Ursache, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und wenn sie es wären, so könnte man nur daraus ihnen ihre Mittel zu entnehmen.

Eine Freiwildung zur Uebertragung von Gemeinde-Kassen auf einzelne Berufsangehörigkeiten ist aber unmöglich und steht im wesentlichen den Gemeinde-Behörden selbst zu. Eben so wenig als die Gemeinde selbst darf, daß das Gemeindefortleben von den Eigenthümern erhalten wird, eben so wenig kann sie auch verlangen, daß die Schuldbeiträge, die Geldarbeiter-Gehülfen, die Schuhmachermeister, die Kaufleute, die Bezüge ihre Kräften mit Kräftegeld, die Familien ihre Verstorbenen mit Sterbegeld unterstützen.

Jeder Orts-Einwohner trägt zur Deckung der Gemeinde-Kassen nach den allgemeinen Bestimmungen bei; mehr als das, was hiernach erforderlich ist, hat niemand zu zahlen und niemand kann verpflichtet sein, neben den allgemeinen Steuern noch spezielle Berufsangehörigen-Steuern zu entrichten, weil es der Gemeinde-Behörde zweifelhaft erscheint, auf bestimmte Gemeinde-Kassen gerade seiner Berufsangehörigkeit zu walzen.

Vorausgesetzt selbst, daß die Gemeinde ihre Kassen auf einzelne Kreise übertragen könnte, so würde sie doch von diesen Kreisen nicht mehr verlangen können, als sie überhaupt zu leisten verpflichtet ist, das Nothwendige und auch dies nur dann, wenn die Empfänger ohne eine Beihilfe nicht existiren können; letzteres dürfte sie bestimmen, daß in allen Krankheitsfällen ein bestimmtes Krankengeld, in allen Sterbefällen ein sogenanntes Sterbegeld zu zahlen sein soll.

Wenn also diese Vermögens-Verhältnisse des Orts-Staats vom 1. November v. J. an

1. es heißt, daß die Gemeinde Berlin obliegende Last der Unterstützung der erkrankten Geseßen und Gehülfen und des Begräbnisses auf die Berufsangehörigen;

2. es verlangt die Berufsangehörigen zu bestimmten verhältnismäßig sehr hohen Steuern;

3. es behält die Last dadurch, daß es das Kranken- und Sterbegeld fest normirt und nicht von der Bedürftigkeit abhängig macht.

Wenn hiernach das Orts-Staat schon als unzulässig erscheint, so ist doch noch nachzuweisen, daß der Magistrat sich bei dem Geseßen auch nicht auf die Gemeinde-Gesetzgebung gestützt hat.

Wir haben bereits eben nachgewiesen, daß ein Zwang der Geseßen, den Kranken- und Sterbe-Kassen beizutreten vor 1845 nicht bestand; wir fügen jetzt hinzu, daß diese Kassen als nützliche Vereinigungen betrachtet werden, denen jeder Berufsangehörige freiwillig beizutreten konnte und in der er sich, wie in dem nicht auf die Berufsangehörigen beschränkten Kranken-, Sterbe-, Renten- u. Lebensversicherung-Anstalten gegen bestimmte Beiträge bestimmte Rechte erwirbt. Hierin wurde nun durch das Gesetz von 1845 und 1849 nichts verändert.

Denn durch §. 144. der Gemeinde-Ordnung von 1845 ist zwar die Bildung freiwilliger Vereine unter den Geseßen und Gehülfen zur gegenseitigen Unterstützung gestaffelt, aber es ist nirgend festgelegt, daß solche Verbindungen durchaus überall bestehen müssen. Und wenn auch nach den Bestimmungen der Verordnung vom 9. Februar 1849 für einzelne Orte eine Zwangsbeitritt zum Orts-Staaten festgelegt werden kann, so folgt daraus doch eben so wenig, daß die Zwangsbeitritt überall eingeführt werden muß, als aus den Baraaren über die Orts-Staaten überhaupt, daß nicht Orts-Staaten alle jene Punkte berühren und schließen müssen. Vielmehr ist die Durchführung der Zwangsbeitritt durch Orts-Staaten an viele Bedingungen geknüpft, welche zunächst erfüllt werden müssen, ehe letztere nur möglich ist.

Daß man die Unzulässigkeit erkannt hat, mit abtheilenden Zwangsbestimmungen vorzugehen, ergibt sich auch aus dem Decret des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 1. April 1849, indem es heißt:

Es erscheint nun zweckmäßig, den Kommunal-Behörden aller Städte, deren gewerbliche und berufliche Verhältnisse eine erweiterte Wirksamkeit der schon bestehenden oder noch zu errichtenden Unterstützung-Kassen für die Geseßen, Gehülfen und Fabrikarbeiter wünschenswerth machen, auch noch besonders die Abtheilung geeigneter Ortsparthen zu empfehlen. In diesem Sinne erhält die Königl. Regierung befolgend den Entwurf eines die Geseßen-Kassen betreffenden Decretes nebst den dazu gehörigen Anlagen in mehreren Abschriften mit dem Auftrage, denselben den hiesigen Kommunal-Behörden Ihrer Verordnungs-Bezüge zur Kenntnissnahme und zur Benützung bei der nach Befinden anzuordnenden Uebersetzung von Ortsstatuten im Sinne des §. 169 der Gemeinde-Ordnung mitzutheilen.

Schon hiernach folgt, daß das Gesetz den Zwang gegen den Willen der Vertheilungen durchaus nicht beabsichtigt. Außerdem ist aber noch zu erörtern, daß gegen die Weisheit, deren Verbindung durch eine gesetzliche Korrelation ist, kein Zwang ausgeübt werden soll, da jeder Weisheit frei ein- und austritten kann, — und daß dasselbe noch wichtiger in Bezug auf die Geseßen der Fall sein kann, deren Verbindung keine Korrelation ist und für die mit dem Augenblicke des Aufhören der Punkte auch alle zünftigen Verpflichtungen fortfallen. Was indes ausnahmsweise und nur für die Minorität ein Zwang für zulässig erklärt werden darf, da wird die Befreiung der Zwangsverpflichtung an viele verbindende Bedingungen geknüpft.

Denn sowohl das Ortsstatut als die Geseßenstatuten aller einzelnen Gemeinden müssen zuerst den Geseßen und den Weisern zur Prüfung und Ausrückung vorgelegt werden, hierauf gehen sie an den Gewerberath, demnächst an die Gemeinde-Behörden, den Magistrat und den Gemeinderath, und endlich

durch die Regierung an die Ministerien zur endlichen Befreiung von Festhaltung und Beschränkung.

Diese formellen, doch höchst wichtigen Bestimmungen hat nun der Magistrat nicht eingehalten. Er hat nämlich die Gesellen sowohl als die Zünfte nicht geholt und damit beiden ihre Einwendungen abgelehnt. Statt sich, wie es nach §. 46 gesetzlich war, zu überzeugen, ob beide, und namentlich die zu Bezahlungen in Anspruch genommenen Gesellen zu den selben auch bereit wären, hat er ihnen die Verpflichtung ohne Weiteres auferlegt und damit das Gesetz verletzt, das Orléans aber ungültig macht.

Er hat ferner den Gewerke-Rath nicht gehört, obwohl derselbe schon am 5. September v. J. in Function trat und das Orléans erst am 1. November 1850 bekräftigt wurde.

Endlich ist das Orléans nur von einem Ministerie bekräftigt, während es — wie uns scheint, und durch die Unterzeichnung der Ministerial-Verfügung vom 29. April 1850. Seitens der Königl. Ministerien der geistlichen Angelegenheiten, für Handel und Gewerbe und des Innern, bekräftigt wird. — der Genehmigung der Ministerien (des Ministeriums für Handel und des Ministeriums des Innern) bedurfte.

Unter diesen Verhältnissen ist aber das Orléans unhaltbar und wird gerade von seinem Geiste anerkannt werden, falls auf Grund desselben eine Klage erhoben werden sollte.

Alle diese Umstände angesehen geht der Magistrat mit der Durchführung des Orléans entschieden vor und fordert die Zahlung der Beiträge zu den Kassen von allen Gesellen und Gehülften, nicht dieselben auch, wie sie verweigert worden und selbst da, wo dies nicht einmal der Fall ist, unter Strafandrohung von den Weibern ein, wie die auf seine Befreiung vorbereitete und durch die Erhebung der laufenden Beiträge den Zwang auf den höchsten Punkt reichende Veranlassung des Vorstandes der Schneider-Zunftung am besten beweist. (Siehe die Anlage). Welches erscheint uns ungeschicklich und unzulässig. Aber der Magistrat geht noch weiter. Er erläßt auf Grund des Orléans verpflichtende Gesellen-Statuten, stellt bestimmte Feiertage fest und begründet außerdem einen Gewerke-Kranken-Verein als ein neues, bisher unbekanntes Institut für alle Zünfte. Das ist noch viel weniger geschicklich und zulässig, gefährdet außerdem das Interesse der Gesellen so sehr, daß ihnen dadurch ungeschickliche Nachtheile entstehen können und der Antrag gebietet erscheint:

daß das Orléans für Berlin vom 1. November 1850, die Verbindungen und Kassen der Gesellen und Gehülften zur gegenseitigen Unterstützung betreffend, Seitens des Königl. Staatsministeriums aufgehoben und zuvörderst ein neues Orléans unter vollständiger Erfüllung der gesetzlichen Verbindungen erlassen werden möge.

Mit diesem Antrage beauftragten die Unterzeichneten keinesweges, wie ihnen leicht untergefallen werden könnte, das Beschießen der so nützlichen Kranken- und Sterbe-Kassen der Handwerker-Gesellen in irgend einer Weise anzudeuten und zu gefährden; sie wollten vielmehr diese Kassen nur auf den Boden gestellt wissen, der ihnen der gesetzliche erscheint und auch der einzige fruchtbare sein dürfte.

In ihrer Thätigkeit bei den Kranken- und Sterbe-Kassen ihrer Gewerke haben sie sich überzeugt, daß der Zwang denselben immer nachtheilig sein muß, theils weil die Bezahlungen doch nicht regelmäßig bewirkt werden können, theils auch weil die Leistungen bei der Erhebung von Kranken- und Sterbegeld häufiger werden, endlich aber, weil die Mitglieder alles Interesse zur Kasse verlieren und sich derselben leicht feindselig gegenüberstellen; dagegen wissen sie, da ja selbst ohne allen Zwang beigetragen sind und ihr lebhaftes Interesse für das Kassenwesen beweisen haben, daß ihre Berufsgenossen sich gern den Kassen anschließen werden, sobald sie der Vortheile derselben frei genießen können und überzeugt sein dürfen, daß eine freie, selbständige, durch ihre Vertrauensmänner geleitete Verwaltung ih-

nen so viel zusichert, als mit Rücksicht auf die gezahlten Beiträge nur gemehrt werden kann.

Dies zu beweisen ist allein der Zweck dieser Schrift, und die Unterzeichner glauben bei Abfassung derselben überzeugt sein zu dürfen, daß sie in derselben eben so wenig dem Gesetz als der Tendenz der hohen Staatsregierung entgegenstehen, deren Einsichten zum Schluß gegen ungeschicklichen Zwang und gegen Entziehung zugesicherter Rechte sie erbiten wollen.

Berlin, den 7. December 1851.

Versammelter Redacteur: Hermann Heilmann, in Berlin.

Die General-Versammlung des Allgemeinen Vereins: Vereins des 76. Stadt-Bezirks findet am Mittwoch, den 7. Januar 1852, Abends 8 Uhr, in der Artilleriestr. Nr. 30, gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte statt.

Tagesordnung: Rechnungslegung u. Wahl des Vorstandes. Der Vorstand.

## Cirque national de Paris.

Heute Dienstag: Doppel-Trapez, v. den Herren F. Biogrist und Lariste.

## Förster's Salon, Friedrichstr. 112.

Heute Dienstag: Eine Vorstellung:

## Das malerische und romantische Rheinland.

Anfang 7 Uhr.

Kleideid u. Wolff.

Kröger's Coffeehaus, Gartenstr. 10. Heute Dienstag, auf Verlangen: Die Waise, Drama in 5 Akten.

Im Kaffee-Haus Alte Jakobstr. 32, findet Dienstag, den 6. Januar, das Damen-Kränzchen statt, wozu ergebenst einladet W. Markendorf.

2 gute Betten sind billig zu verkaufen. Gr. Prandtenstr. Nr. 10, 2. Et. links.

1 Hägel ist zu vermieten. Friedrichstr. 231. part. u. Nachm.

Kecke Leute, die Subscribenten sammeln können, wollen sich Alexanderstr. 78 vorstern recht melden. Auftragsmaler werden verlangt Brunnenstr. 25. Heyer.

Große Hamburgrstr. Nr. 34, vorn 1 Trepp, ist eine Kammer mit separatem Eingang zu vermieten.

2 Schlösser, pass. f. Schum. f. j. v. v. Zimmerstr. 41. Schulze.

Ich fordere denjenigen, welcher von dem Händl. Herrn Kette den schwarz und weißen Wachtel und bekommen hat, hiermit auf, denselben daselbst Straßenaufstr. 23 zurück zu erhalten bei Rudolph Wierich.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich Theodor Bielekoff. Carolin Bielekoff, geb. Pfeiffer, verm. gen. Gen. Berlin, den 4. Januar 1852.

Als Verlobte empfehlen sich Karoline Treubert. Julius Ruge. Berlin, den 5. Januar 1852.

Tanz-Unterricht ertheilt im Monat Januar jeden Sonntag von 4-6 u. Donnerstags 9-10 in Gumbach's Salen, Mauertstr. 40. Alb. Schramm, Tanzlehrer, Jägerstr. 72.